

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

6/95

Juni 1995

Polizeiüberfall auf vietnamesische Arbeiterinnen und Arbeiter in Berlin!

Solidarität mit den vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeiter im Kampf gegen Medienhetze, Polizei- und Abschiebeterror!

Nach dem "Durchbruch" bei den deutsch-vietnamesischen Abschiebungsverhandlungen ließ der Berliner Innensenator sofort erklären, nunmehr sei der "Weg frei" für die Abschiebung "illegal in Deutschland lebender Vietnamesen". Dass in die deutsch-vietnamesischen Beziehungen und die Abschiebepraxis nach Vietnam "Normalität" eingekehrt ist, dafür haben die Herrschenden durch ein mit einer Bestechungssumme von 100 Millionen DM erkauften sogenannten "Rückführungsabkommen" gesorgt.

Die geplanten Massenabschiebungen werden sich im Kern schließlich gegen die Gruppe der ehemals 16.000 vietnamesischen Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter der Ex-DDR richten und würden zeitlich gut abgestimmt nach "Innen" durch eine Kette von Lügen, polizeilichen Maßnahmen und Polizeiterror vorbereitet.

Ein Höhepunkt ist der Überfall der Polizei auf ein von vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeitern bewohntes Haus in Berlin.

Der Kampf vietnamesischer Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Polizeiüberfall

Am frühen Abend des 4. Mai 1995 drang die Polizei in ein Wohnheim vietnamesischer Arbeiterfamilien in der Rhinstraße in Berlin-Friedrichshain ein unter dem Vorwand sie suche nach einem sogenannten illegalen Gemüsehändler. Zunächst wurden 14 Menschen festgenommen. Als ein Vietnamese von Polizeiknöppeln getroffen blutüberströmt zusammenbrach, bewußtlos aus einem Mannschaftswagen fiel - und danach 15 Minuten mit einem Schädeltrauma auf der Straße liegen gelassen wurde -, begann der Widerstand der vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeiter ge-

gen den Polizeiüberfall. Es wurden mehrere Flaschen aus den Fenstern auf die Polizei geworfen.

Als die Polizei daraufhin das Wohnheim unter Schlagstockeinsatz stürmte, wurden sie durch entschlossenen Widerstand zurückgedrängt. Auch ein zweiter Angriff mit zwei Hundertschaften Verstärkung wurde ebenfalls zurückgeschlagen.

Erst beim dritten Angriff gelang es der Polizei, das Haus zu stürmen. Dabei wurde massiv Tränengas in die Wohnungen geschossen. Ein Kind wurde von einer Tränengasgranate am Kopf getroffen, ein weiteres Kind mußte wegen Erstickungsscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Insgesamt mußten mindestens sieben Bewohner und Bewohnerinnen des Wohnheimes im Krankenhaus behandelt werden.

Polizeiliche Durchsuchung des Buchladens Georgi Dimitroff

Der Anlaß: Verbreitung des Plakats "Bekämpft das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen!"

In Frankfurt/Main wurde am 21.6.95 mit einem Aufgebot von 20 Polizisten das "Kurdistan Informationszentrum" unter dem Vorwand des "Verdachts der Werbung für die PKK" durchsucht. Es wurden Videofilme, Flugblätter, Zeitschriften und Disketten beschlagnahmt.

Zzeitgleich lief in den Räumen des Buchladens Georgi Dimitroff in der Koblenzerstr. 4 und in Privaträumen des presserechtlich Verantwortlichen von "Gegen die Strömung" mehrere Stunden lang ebenfalls eine polizeiliche Durchsuchung. Der "offizielle Grund": Ein Ermittlungsverfahren nach § 20 Vereinsgesetz wegen Versendung und Verkauf von "PKK-orientierten Plakaten". Beschlagnahmt wurden u.a. mehrere Aufkleber, Flugblätter von "Gegen die Strömung" und des Buchladens Georgi Dimitroff, Exemplare des "Kurdistan-Reports", des "Kurdistan-Rundbriefes" und der Zeitschrift "Inisiatif". Der Anlaß der Durchsuchung war die Verbreitung des Plakats des Buchladens Georgi Dimitroff "Bekämpft das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen", das für die Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf eintritt und gegen das Verbot kurdischer Organisationen in der BRD gerichtet ist.

Das Landgericht Frankfurt stellt sich in die Tradition des türkischen Folter-Regimes: Die PKK wird als "türkische Vereinigung" bezeichnet!

Im Beschuß zur Durchsuchung bezeichnet das Landgericht Frankfurt die PKK als "türkische Vereinigung". Als hätte das Landgericht noch nie etwas davon gehört, daß die PKK eine kurdische Organisation ist, stellt es sich mit dieser Formulierung in die reaktionäre Tradition des türkischen Folter-Regimes, das die kurdische Bevölkerung bis heute als angebliche "Berghürken" diffamiert.

"Kampf der staatlichen Faschisierung und den Nazi-Banden" = "PKK-Unterstützung"!

Im Beschuß des Landgerichtes Frankfurt wird versucht, nicht nur die Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf, sondern auch den demokratischen Kampf gegen Nazismus und Faschisierung mit Hilfe des polizeilichen Schlagworts "PKK-Unterstützung" zu kriminalisieren.

Mit messerscharfer polizeistaatlicher Logik heißt es, es bestehe der "Verdacht", daß mit der Parole "Kampf der staatlichen Faschisierung und den Nazi-Banden" auf dem Plakat "die verbotene 'PKK' unterstützt" worden wäre. So werden alle, die die Nazi-Banden bekämpfen, die Widerstand gegen die staatliche Faschisierung organisieren, wie z.B. gegen die Abschiebungen von kurdischen Flüchtlingen an das reaktionäre türkische Regime durch den deutschen Imperialismus, zu potentiellen "PKK-Unterstützern" erklärt.

Ausschluß
Sie beschuldigen sind verdächtigt, die Fortführung der verbotenen Marxistischen Vereinigung "PKK" (§ 20 Vereinigungsgesetz) durch die Verwendung und den Verkauf von "PKK"-orientierten Plakaten unterstützen zu haben.
Ausschließlich der Ermittlungen besteht der Anfangsverdacht, daß die Beschuldigten durch die Verwendung und den Verkauf dieser Plakate, die folgendes Inhalt haben:
"Bekämpft das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen!"
"Kampf der staatlichen Faschisierung und den Nazi-Banden!"
"Für die Zusammenarbeit der demokratischen und revolutionären Organisationen aller Nationenltüts und der Grundlage des proletarischen Internationalismus!"
"Tod dem west/deutschen Imperialismus, Reaktionismus und Militarismus!",
"Die verbotene 'PKK' unterstützen haben."
Quelle: Beschuß des Landgerichts Frankfurt vom 25.4.95

Der Widerstand der vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeiter war eine richtige Antwort auf den monatelangen Polizeiterror gegen Menschen aus Vietnam, er war ein Zeichen, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann.

Systematische staatliche Lügen, Mißhandlungen und Terror gegen Vietnamesinnen und Vietnamesen

Der Polizeiüberfall vom 5. Mai 1995 ist kein Einzelfall.

Seit Monaten wird durch eine chauvinistische und rassistische Berichterstattung der bürgerlichen Medien und durch Plakatwände auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und Berlins eine antivietnamesische Stimmung geschürt. Durch diese systematische Kampagne der deutschen Imperialisten soll der deutschen Bevölkerung durch die Gleichung "Vietnamesen=Schwarzhändler=kriminell=Mafia=gehört abgeschoben" die deutsch-europäische Herrenmenschenideologie verstärkt eingepflegt, der massive Polizeiterror gerechtfertigt und die geplanten Massenabschiebungen vorbereitet werden.

Nicht nur die rassistische Medienkampagne gegen die sogenannten "kriminellen Vietnamesen" läuft schon seit Monaten auf Hochtouren. Der Polizeiüberfall vom 5. Mai 1995 ist nur ein Glied in einer Kette von systematischem, seit Jahren stattfindendem antivietnamesischen Polizeiterror, der dazu dient, die Lage der hier lebenden 40.000 Vietnamesinnen und Vietnamesen so unerträglich wie möglich zu machen und sie so zum Verlassen Deutschlands zu zwingen, um die Zahl der vietnamesischen Arbeiter und Arbeiterinnen auch schon vor den geplanten Massenabschiebungen maximal zu verringern.

Hier nur einige Beispiele von Polizeiterror, die in letzter Zeit bekannt geworden sind:

● Wohnungsdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Anwesenheit der Bewohner sind in Wohnheimen für vietnamesische Arbeiter und Arbeiterinnen an der Tagesordnung. Schikanöse Kontrollen durch die Einführung von Magnetkarten für die Bewohner und Eingangsschleusen sind nur ein Beispiel für den Ausbau der Wohnheime zu polizeilich überwachten und kontrollierten Einrichtungen.

● Seit mehreren Monaten werden Wohnungen von Vietnamesinnen und Vietnamesen in Berlin von hunderten von Polizisten gestürmt und die wenigen Habseligkeiten werden unter dem Vorwand, sie würden aus "Beutegut" stammen, beschlagnahmt. Oftmals wird bei solchen Überfällen die Wohnungseinrichtung verwüstet.

● In dem Bericht von Amnesty International "Ausländer als Opfer - Polizeiliche Mißhandlungen in der BRD" vom Mai 1995 werden mehrere Mißhandlungen von Vietnamesen durch deutsche Polizisten in den letzten Jahren exemplarisch auf der Grundlage der Aussagen der Opfer des Polizeiterrors beschrieben.

Dort heißt es u.a.:

"Die Vietnamesen L. und T. erhoben den Vorwurf, im Mai 1994 im Ostberliner Stadt-

teil Pankow von vier Polizeibeamten in Zivil verfolgt worden zu sein. Die beiden Männer fanden in einem Abwasserkanal Zuflucht, wo sie eine Welle ausharrten, die ihnen wie eine Ewigkeit erschien. Als sie wieder herauskamen, wurden sie von den Beamten, die ihnen aufgelauert hatten, tödlich angegriffen. L. machte geltend, er sei wiederholt ins Gesicht geschlagen worden und in den Kanal gezerrt worden, wo ihm ein Beamter Karateschläge gegen den Nacken versetzt habe. Anschließend trafen weitere Polizisten ein, von denen einer L. fragte, wo seine Zigaretten seien. Als er nicht antwortete, wurde er erneut geschlagen und gezwungen, etwa 20 Minuten lang in dem Kanal, in dem das Wasser kniehoch stand, hin- und herzulaufen. Nachdem die Beamten gegangen waren, kehrte L. nach Hause zurück. Nach seinen Angaben verspürte er derart starke Schmerzen im Gesicht, daß er nicht essen konnte."

(Amnesty International, "Ausländer als Opfer - Polizeiliche Mißhandlungen in der BRD", Mai 1995, S. 11)

Ein weiteres Beispiel:

"Nguyen T., dessen Hände auf dem Rücken mit Handschellen gefesselt wurden, mußte sich schließlich mit dem Gesicht nach unten auf den Rücksitz des Polizeiwagens legen. Zwei Beamte setzten sich auf seinen Rücken, so daß er kaum Luft holen konnte. Während der gesamten Fahrt zur nächsten Polizeistation soll einer der Polizisten ihm immer wieder Schläge versetzt haben.

Nguyen T. gab an, nach seiner Ankunft auf der Polizeiwache erneut geschlagen worden zu sein. Einmal sei ihm dabei so schlecht geworden, daß er sich habe übergeben müssen...

Bei einer am Tage nach den mutmaßlichen Mißhandlungen durchgeführten medizinischen Untersuchung wurden am Körper des Vietnamesen zahlreiche Prellungen sowie eine Haarriß-Fraktur am linken Jochbein diagnostiziert. Diese Diagnose erhärtet den von Nguyen T. erhobenen Vorwurf, geschlagen worden zu sein. Während des Gesprächs mit amnesty international im August 1994 litt er noch immer an heftigen Kopfschmerzen, Sehstörungen und Schwindelanfällen."

(ebenda, S. 13)

● In Chemnitz wurden am 7. April 1995 in der Innenstadt alle sich dort aufhaltenden Vietnamesinnen und Vietnamesen von der Polizei zusammengetrieben. Dabei zog ein Polizist seine Waffe und verletzte eine Vietnamesin durch einen Schuß in den Hals lebensgefährlich.

● Am 5. Mai 1995 wurde in Berlin ein Vietnamesen von einem Polizisten niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt.

Schon aus diesen wenigen Beispielen wird klar: Den in Deutschland lebenden vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeitern werden nicht nur selbstverständliche Bürgerrechte fast vollständig verwehrt, sondern auch elementarste Menschenrechte. Mißhandlungen und gezielte Mordversuche durch die deutsche Polizei sind keine "Ausrutscher", sondern haben System und bedrohen täglich das Leben der Vietnamesinnen und Vietnamesen in Deutschland.

Dieser Polizeiterror muß auch als Drohung des deutschen Imperialismus gegen andere hier leben-

de "unerwünschte" Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern verstanden und ernst genommen werden.

Aufgaben der Solidarität und Proletarischer Internationalismus

Solidarität mit dem gerechten Kampf der vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeiter gegen Medienhetze, Polizeiterror und drohende Massenabschiebungen bedeutet vor allem auch Enthüllung sämtlicher antivietnamesischer Maßnahmen des deutschen Staates und konkrete Unterstützung der vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeiter bei ihrem Kampf auf der Straße gegen die deutsche Polizei.

Um diesen Kampf maximal unterstützen und den Kampf gegen jegliche Diskriminierung von Arbeiterinnen und Arbeitern aus anderen Ländern anpacken zu können, müssen wir gegen den deutschen Chauvinismus und Rassismus für den Zusammenschluß der Arbeiterinnen und Arbeiter aller Nationen kämpfen.

Das sind wesentliche Merkmale eines wirklich demokratischen Kampfes.

Das sind auch wesentliche Voraussetzungen für den Kampf um den Sieg des Sozialismus und Kommunismus. Wir kämpfen auf allen Ebenen für die Annäherung an den proletarischen Internationalismus und für seine Verwirklichung. Es geht vor allem darum, die Lösungen "Proletarier aller Länder vereinigt euch!" und "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch" in die Praxis umzusetzen, um Schulter an Schulter mit den Arbeiterinnen und Arbeitern, mit den unterdrückten Völkern aller Länder den deutschen Imperialismus und das gesamte System des Weltimperialismus in der proletarischen Revolution vernichten zu können!



VERTRIEB für internationale Literatur Brunhildstr. 5, 10829 Westberlin

* Antifaschistische, antiimperialistische Literatur

* Werke von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN

* Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

in vielen Sprachen erhältlich

ÖFFNUNGSZEITEN:

Mittwochs
15.30 - 17.30 Uhr